

# Eurospots



## Schlaglichter aus dem Herzen Europas



### Aus dem Inhalt

Dezember 2006

- **Neue EU-Dienstleistungsrichtlinie**
- **Resolutionen zu Äthiopien und Iran**
- **Dr. Langen neuer Gruppenvorsitzender**
- **Forschungsrahmenprogramm**
- **Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels**
- **EBD - Stipendien für College of Europe**
- **Deutsche wandern vermehrt aus**
- **Erweiterungsstrategie der EU**
- **Europas Kultur bringt Wirtschaftswachstum**

### Impressum

Michael Gahler  
Europäisches Parlament  
ASP 10 E 217  
B-1047 Brüssel  
Tel.: +32-2-284 59 77  
Fax: +32-2-284 99 77  
michael.gahler  
@europarl.europa.eu

Regionalbüro Süd- und  
Westhessen  
Am Marktplatz 19  
D-64521 Groß-Gerau  
Tel.: 06152-93 25 94

### Liebe Leserinnen und Leser,

das Weihnachtsfest steht vor der Tür und wieder einmal neigt sich ein Jahr seinem Ende zu. Ich hoffe, dass 2006 auch für Sie ein gesundes und erfolgreiches Jahr war.

Politisch schauen wir im Europäischen Parlament auf ein gelungenes Jahr 2006 zurück. Verabschieden konnten wir unter anderem eine neue Dienstleistungsrichtlinie. Mit auf den Weg gebracht haben wir die neue europäische Chemikalienverordnung REACH, sowie eine Richtlinie, die unser traditionell gutes Grundwasser für die Zukunft schützen wird.

Beschäftigt haben uns natürlich auch die elementaren Zukunftsfragen Europas, wie die nach der Verfassung und der Erweiterungsfähigkeit der EU. Europa steht vor großen globalen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam werden meistern können. Es ist daher wichtig, dass wir einen neuen Versuch unternehmen, den Verfassungstext zu realisieren. Große Hoffnungen liegen dabei auf der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Wir haben damit eine einmalige Gelegenheit, dem Verfassungsprozess neue Impulse zu geben.

In meiner Tätigkeit im Entwicklungsausschuss konnte ich mich erfolgreich für ein europäisches Finanzierungsinstrument für Entwicklungspolitik einsetzen. Die Bekämpfung der Armut in der Welt können wir Europäer angesichts der Größe der zu bewältigenden Aufgaben nur gemeinsam erfolgreich angehen. Mit dem Instrument ist sichergestellt, dass die europäischen Bemühungen in der Entwicklungspolitik sinnvoll und schnell die Menschen in Not erreichen. Im Rahmen meiner Arbeit als Erster Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der AKP-EU ist es erfreulicherweise gelungen, die nächste Sitzung dieses bedeutenden Gremiums im Sommer 2007 nach Wiesbaden einzuladen.

Besonders freuen durfte ich mich wie jedes Jahr über Ihre zahlreichen Besuche bei mir im Europäischen Parlament in Brüssel und Straßburg. Insgesamt konnte ich rund 2600 Gäste aus West- und Südhessen zu Gesprächen willkommen heißen. Als Ihr Europaabgeordneter konnte ich darüber hinaus auf über 80 Veranstaltungen in der Region in den direkten Dialog über Europa mit Ihnen treten.

Für das entgegengebrachte Vertrauen und dieses hohe Interesse an meiner Arbeit möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Ich freue mich, Sie auch im Jahr 2007 bei einem Besuch in Brüssel oder Straßburg begrüßen oder Sie bei einer Veranstaltung zu Hause wieder sehen zu können. Ihnen allen wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und für das kommende Jahr alles Gute und viel Erfolg!

Ihr

## **Europäisches Parlament verabschiedet Dienstleistungsrichtlinie**

Das Europäische Parlament hat in der Sitzungswoche im November in Straßburg eine neue Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet. Damit werden vor allem auch grenzüberschreitende Dienstleistungen im europäischen Binnenmarkt vereinfacht. Die Richtlinie muss nun innerhalb von drei Jahren von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

Zufrieden mit dem Ausgang der Abstimmung über die EU-Dienstleistungsrichtlinie hat sich der hessische CDU-Europaabgeordnete Michael Gahler in Straßburg gezeigt: "Mit dem Abschluss der zweiten Lesung hat das Europäische Parlament seine Handlungsfähigkeit im Sinne der hessischen und europäischen Bürger, aber auch gegenüber Rat und Kommission nachdrücklich unter Beweis gestellt. Entscheidend ist dabei, dass wir einen vernünftigen Kompromiss zwischen der notwendigen Öffnung der EU-Dienstleistungsmärkte und den berechtigten Schutzinteressen der hessischen Arbeitnehmer und Verbraucher finden konnten" so Gahler nach der Abstimmung. Der Abgeordnete bezeichnete es als besonders positiv, dass es gelungen sei, den weitgehend auf der ersten Lesung des Parlaments basierenden Gemeinsamen Standpunkt des Rats ohne gravierende Änderungen und vor allem ohne Vermittlungsverfahren zu verabschieden. Es komme nun ganz entscheidend darauf an, die erforderliche Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in den Mitgliedstaaten genauestens zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. "Die eigentliche Aufgabe zur Schaffung des Binnenmarkts für Dienstleistungen liegt nun bei den Mitgliedstaaten. Sie müssen den mit der Richtlinie gesetzten Rahmen jetzt umsetzen." Angesichts des schwierigen Kompromisses sei es besonders erfreulich, dass das Parlament "sowohl im Binnenmarktausschuss, als auch bei den abschließenden Plenarabstimmungen immer eine klare Mehrheit organisieren konnte" so Gahler abschließend.

## **Langen zum neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament gewählt**

Der rheinland-pfälzische Europaabgeordnete Dr. Werner Langen ist im November zum neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament gewählt worden. Er folgt damit dem hessischen Abgeordneten Hartmut Nassauer, der für das Amt des stellvertretenden Frakti-

onsvorstands vorgeschlagen wurde. Zuvor war Dr. Werner Langen parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe. Zum Co-Vorsitzenden wurde Markus Ferber (CSU) gewählt, neue parlamentarische Geschäftsführer sind Frau Dr. Grässle (CDU) und Frau Dr. Niebler (CSU).

Die CDU/CSU-Gruppe ist mit 49 Abgeordneten die größte nationale Delegation im Europäischen Parlament.

## **Parlament verabschiedet Resolutionen zu Iran und Äthiopien**

Auf Initiative des hessischen CDU-Europaabgeordneten Michael Gahler hat das Europäische Parlament Resolutionen zur aktuellen Menschenrechtslage in Äthiopien und Iran verabschiedet. In den Entschlüssen werden die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Beachtung der Menschenrechte eingefordert. Die offizielle Einladung der Europäischen Kommission an den äthiopischen Ministerpräsident Zenawi zu den "European Development Days" in Brüssel wird in der Entschlüsselung kritisiert. Gahler, zugleich menschenrechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament zeigte sich nach den Abstimmungen erfreut über das Ergebnis: "Nach den Vorkommnissen der letzten Monate in beiden Ländern sind diese Resolutionen das richtige Signal in Richtung der Regierungen. Das Europäische Parlament kann und wird die permanenten Verletzungen der Menschenrechte in Äthiopien und Iran nicht hinnehmen. Es ist dabei besonders erfreulich, dass die Entschlüsse eine derart große Mehrheit im Parlament gefunden haben." Dies sei, so Gahler, ein "wichtiges Zeichen dafür, dass Europa mit geeinter Stimme für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte im Diskurs mit Iran und Äthiopien eintritt."

## **Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels gefordert**

Das Europäische Parlament hat ein besseres Vorgehen und einen Aktionsplan für die Bekämpfung des Menschenhandels gefordert.

In der Mitte November beschlossenen Empfehlung an den Rat werden die Mitgliedsstaaten aufgefordert die Konvention des Europarats gegen Menschenhandel so rasch wie möglich zu unterzeichnen, sowie alle internationalen Übereinkommen zu ratifizieren und umzusetzen. Neben Verbesserungen bei der kurz- und langfristigen Unterstützung der Opfer des organisierten Verbrechens werden die Einrichtung einer einheitlichen mehrsprachigen Notrufnummer, sowie eine wirksamere Unterstüt-

zung der Initiative für Organspendeausweise zur Bekämpfung des Organhandels vom Parlament angemahnt.

Die Kommission wird darüber hinaus aufgefordert, eine Studie über den Zusammenhang unterschiedlicher Rechtsvorschriften zur Prostitution und der sexuellen Ausbeutung vorzulegen.

Der Menschenhandel ist mittlerweile die dritt wichtigste Einnahmequelle für das organisierte Verbrechen. Jährlich werden schätzungsweise bis zu 800.000 Menschen Opfer von Menschenhandel.

### **EP-Außenausschuss verabschiedet Bericht zur EU-Erweiterungsstrategie**

Der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments hat Ende November einen Bericht zur zukünftigen Erweiterungsstrategie der EU angenommen. Zentraler Punkt des Berichts ist, dass zukünftige Erweiterungen die innere Struktur und Stabilität der EU nicht gefährden dürfen. Die Aufnahmefähigkeit der EU soll dabei ebenso regelmäßig überprüft werden wie die Fortschritte der Neumitglieder und Beitrittskandidaten. Hintergrund ist der breite Konsens im Ausschuss darüber, dass die EU institutionell und finanziell derzeit nicht für eine weitere Erweiterungsphase bereit ist. In dem Bericht werden die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, den Verfassungsprozess wie vereinbart bis Ende 2008 zu vollenden, da der Vertrag von Nizza keine adäquate Basis mehr für neue Erweiterungen darstellt. Auch die finanziellen Auswirkungen möglicher neuer Erweiterungen müssten im Rahmen der Revision der finanziellen Vorausschau 2008/2009 bereits frühzeitig eingearbeitet werden. Mehrere Ausschussmitglieder mahnten darüber hinaus an, dass weitere EU-Erweiterungen besser an die europäische Öffentlichkeit kommuniziert werden müssten.

Im aktuellen Streit mit der Türkei über die Anerkennung Zyperns besteht der Bericht auf der Annahme des "Ankara-Protokolls" seitens der Türkei bis zum Jahresende.

### **CDU/CSU-Gruppe legt gründliche Analyse der Struktur- und Regionalpolitik vor**

Die CDU/CSU-Gruppe hat eine gründliche Analyse der europäischen Struktur- und Regionalpolitik vorgelegt. Die Studie enthält ausführliches Zahlenmaterial über den Mitteleinsatz in den deutschen Regionen für den Zeitraum 2007-2013. Neben allgemeinen Erläuterungen zu den diversen Förderinstrumenten der EU werden in der

Studie auch mögliche Reformansätze dargestellt. Der Text ist im Internet abrufbar unter: <http://www.cdusu.eu/themen/politik/regionalpolitik.pdf>

### **Pöttering zum EP-Präsidentschaftskandidaten der EVP-ED-Fraktion gewählt**

Die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament ist der Empfehlung der CDU/CSU-Gruppe gefolgt und hat ihren langjährigen Vorsitzenden Hans-Gert Pöttering einhellig zu ihrem Kandidaten für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments bestimmt. Pöttering hat damit beste Chancen, dem spanischen Sozialisten Josep Borrell Fontelles im Amt zu folgen. Die Wahl des Parlamentspräsidenten wird am 16. Januar in Straßburg stattfinden.

### **Neues Forschungsrahmenprogramm der EU verabschiedet**

Das Europäische Parlament hat das Siebte Forschungsrahmenprogramm 2007 in zweiter Lesung verabschiedet. Das Budget beträgt insgesamt 54 Milliarden Euro. Damit ist der finanzielle Rahmen für die europäische Forschungspolitik für den Zeitraum von 2007 bis 2013 festgelegt.

Wesentliche Neuerung ist die Einrichtung des Europäischen Forschungsrates (EFR), der nach dem Vorbild der Deutschen Forschungsgemeinschaft gezielt die Grundlagenforschung in der EU unterstützen soll. Dem Parlament ist es gelungen, dem Forschungsrat ein hohes Maß an Autonomie zu garantieren. In dem Gremium werden ausgewählte Forscher im wissenschaftlichen Beirat selbst über die Förderung viel versprechender Spitzenprojekte entscheiden. Das Parlament konnte gewährleisten, dass die Amtszeit der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates durch ein Rotationsprinzip begrenzt wird. Damit wird die Arbeit des Forschungsrates transparenter sein, als von der Kommission ursprünglich vorgeschlagen.

### **Europas Kultur bringt Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze**

Die Europäische Union baut auf der gemeinsamen Kultur der europäischen Völker auf. Kultur ist auch ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor für Europa. Die Europäische Kommission hat den zuständigen Kultur- und Bildungsministern der Mitgliedsstaaten nun eine Studie über die europäische Kulturindustrie vorgelegt, die belegt, dass der europäische Kultursektor überdurchschnittliches Wachstum zeigt und für den europäischen Arbeitsmarkt von großer Be-

deutung ist. Der Kultursektor steuerte im Jahr 2003 2,6% des Bruttoinlandsproduktes der gesamten EU bei, insgesamt sind 5,8 Millionen Menschen europaweit im Kultursektor beschäftigt. Die Studie zeigt ebenfalls den indirekten Einfluss der Kulturindustrie auf die Wirtschaft. So wirkt sich ein vielfältiges kulturelles Angebot beispielsweise positiv auf die Regionalentwicklung und die Attraktivität der Regionen aus.

### **Auswanderung: Deutsche zieht es vermehrt ins europäische Ausland**

2005 wanderten erstmals seit Jahrzehnten wieder mehr Menschen aus Deutschland aus, als ein. Die Schweiz, Österreich, Polen und Großbritannien sind dabei die beliebtesten europäischen Länder. Dies besagt eine Studie des Statistischen Bundesamtes. Auf Rang eins liegt die Schweiz, gefolgt von den USA. Den ersten Platz unter den EU-Mitgliedsstaaten belegt Österreich, gefolgt von Polen und Großbritannien.

### **Verbot für Handel mit Hunde- und Katzenfellen**

Nach Plänen der Europäischen Kommission sollen Import, Export sowie der Verkauf von Hunde- und Katzenfellen in Europa zukünftig verboten werden. Die EU reagiert damit auf die heftigen Reaktionen von Verbrauchern auf das vermehrte Auftreten von Hunde- und Katzenfellen auf dem europäischen Markt. Mehrheitlich stammen diese vermutlich aus Drittländern, allen voran China. Die meisten Mitgliedsstaaten haben bereits solche Vorschriften, die Kommission möchte jedoch mit ihrem Vorstoß die Rechtslage harmonisieren. Das Parlament und der Ministerrat werden sich nun mit dem Entwurf der Verordnung beschäftigen.

### **Neue EU-Sicherheitsstandards für Feuerwerkskörper**

Jedes Jahr passieren in Europa rund 45.000 Unfälle mit Feuerwerkskörpern, viele der Verletzten sind Kinder und Jugendliche. Das Europaparlament hat vor diesem Hintergrund im Rahmen einer EU-Richtlinie neue Sicherheitsstandards für pyrotechnische Produkte verabschiedet. Die Richtlinie sieht unter anderem eine europaweit einheitliche Deklaration von Feuerwerkskörpern vor. Darüber hinaus soll der Verkauf nach Altersgruppen reglementiert werden: Die sichersten Produkte der Kategorie 1 können an Kinder ab 12 Jahren verkauft werden, Katego-

rie 3 nur an Erwachsene und Kategorie 4 nur an Feuerwerkstechniker.

Rat und Kommission haben dem Text bereits zugestimmt. Die Richtlinie dürfte daher in den nächsten drei Jahren in allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

### **Netzwerk Europäische Bewegung vergibt Studienplätze und Stipendien für das College of Europe**

Das Netzwerk *Europäische Bewegung Deutschland* (EBD), dem Michael Gahler im Vorstand angehört, vergibt Studienplätze und Stipendien für das College of Europe in Brügge und Natolin.

Das College of Europe ist das älteste und eines der renommiertesten Postgraduierten-Colleges in Europa. Jährlich werden dort ca. 400 Studierende aus etwa 45 überwiegend europäischen Ländern zweisprachig auf High-Level-Tätigkeiten in europäischen Institutionen, Verbänden und Wirtschaft vorbereitet. Unterrichtet werden die Studierenden von internationalen Spezialisten aus diesen Tätigkeitsbereichen. Jeder Campus hat seine eigene Ausrichtung mit individuellen Masterabschlüssen und Zusatzangeboten. Gemeinsam Leben und Lernen steht beim College of Europe im Mittelpunkt.

Für die **Vergabe der etwa 40 Stipendien und Studienplätze** am College of Europe ist seit vielen Jahren das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland (EBD) zuständig. Bewerbungsschluss für das Studienjahr 2007/ 2008 ist der 15. Januar 2007.

Das Netzwerk EBD ist der überparteiliche Zusammenschluss der Interessengruppen im Bereich Europapolitik. Es organisiert Europa-Kommunikation und Europäische Vorausschau im Dialog mit allen EU-Akteuren auf nationaler und europäischer Ebene. Seine rund 130 Mitgliedsorganisationen repräsentieren nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen: Wirtschafts- und Berufsverbände, Gewerkschaften, Bildungsträger, wissenschaftliche Institute, Stiftungen, Parteien und andere.

Detaillierte Informationen und Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:

[www.europaeische-bewegung.de](http://www.europaeische-bewegung.de)

### **Termine der deutschen Ratspräsidentschaft in Hessen**

- |              |  |
|--------------|--|
| 1./2. März   | Verteidigungsminister in Wiesbaden               |
| 20.-22. Mai  | Landwirtschaftsminister im Rheingau              |
| 23.-28. Juni | Parlamentarische Versammlung AKP-EU in Wiesbaden |